

AfD-Fraktion im Stadtrat Heinsberg

Der Vorsitzende

den 24. Februar 2021

Redebeitrag zum TOP 5 der Ratssitzung am 24. Februar 2021

Haushaltssatzung 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

Hermann Hesse hat weiland gesagt: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“

Die Mitarbeit unserer Fraktion hier im Rat der Stadt Heinsberg ist für uns und auch für Sie ein Neuanfang, ein Neuanfang von Mitgestaltung der Politik durch einen neuen Vertreter der Bürgerinteressen auf der politischen Stufe unseres Staatsaufbaus, die dem Bürger am nächsten ist.

Aber, das Gefühl eines „Zaubers“ großer Hoffnungen und Erwartungen will sich in unserer Fraktion nicht so recht einstellen, zu groß sind die Sorgen, wie wir alle dastehen werden, wenn diese Wahlperiode in viereinhalb Jahren abgelaufen sein wird.

Dabei gilt diese Sorge weniger dem Haushalt dieses Jahres und den Planungen des Bürgermeisters und der Verwaltung, der vor der Hand - solide und mit Augenmaß erstellt - eigentlich wenig Anlass zur Kritik gibt:

Er ist nahezu ausgeglichen und die finanziellen Lasten für die Bürger haben sich nicht erhöht. Das verdient Anerkennung und ist Grund und Anlass dazu, dass wir als AfD-Fraktion dem Haushalt dieses Jahres auch zustimmen werden.

Unsre Sorge, von der ich einleitend sprach gilt auch hier und heute zwei verschiedenen Aspekten der Politik, die wir hier in der Kommune nur zum Teil oder auch gar nicht beeinflussen können:

Erstens: Den Auswirkungen des **Corona-Regimentes** von Bund und Land,

zweitens: Der Anfälligkeit auch der Politik vor Ort für – ich nenne es mal – „**politische Moden**“ um das Wort „**Modetorheiten**“ zu vermeiden.

Zur Corona-Pandemie:

Ob immer auch man das Corona-Regiment von Bund und Land für richtig oder falsch ansieht – Schweden zum Beispiel zeigt und hat bewiesen, dass es auch anders gegangen wäre – das Ganze wird Folgen haben – ideell und materiell.

Ideell, denn es geht um unser Grundgesetz und dessen durch Regierungshandeln fortwährend geschmälerte Bedeutung. Wir hätten uns nie träumen lassen, dass grundgesetzlich garantierte Rechte der Bürger wie Versammlungs- und Gewerbefreiheit so – mir nichts, dir nichts – außer Kraft gesetzt werden könnten. Dass dazu ein Pseudokriterium namens Inzidenz, das nun absolut nichts über eine Erkrankung aussagt, und Beschlüsse eines in der Verfassung nicht vorgesehenen Kränzchens aus Kanzlerin und Ministerpräsidenten ausreichen würde.

Man beachte auch folgenden Stilwechsel: Parlamente entscheiden nicht mehr, sie werden nur noch nachträglich und post festum informiert.

Gewählte Abgeordnete in Bund und Land degenerieren zu unwichtigen Clowns und Hofnarren, die noch gute Miene dazu machen, wenn ihnen ihre verfassungsgemäßen Rechte Schritt um Schritt genommen werden und sich der Platz der Meinungsbildung von den Parlamenten in die Talk-Shows verlagert.

Weil die Entscheidungen unserer Staatsspitzen nach deren Urteil ja alternativlos sind.

Weil wir es anders sehen, heißen wir bewusst: **Alternative**. Und unser politisches Arbeiten gilt deshalb dem Ziel, in Geist und Praxis unsere Verfassung zu bewahren, mehr noch, ihr weitere Mitwirkungsrechte für die Bürger hinzuzufügen – und das auch auf kommunaler Ebene.

Materiell, denn das Brutalmittel des wirtschaftlichen und sozialen **Lockdowns** trifft und geht zu Lasten unserer Art des Lebens, unserer Quellen des Wohlstands und gefährdet die Bereitstellung eines auskömmlichen Sozialstaats bis ins Mark. Seine Bewältigung erfordert Hunderte von Milliarden an Schuldenaufnahme – zusätzliche Belastungen für unsere Kinder und Enkel, verdammt viele Gewerbetreibende und Kleinunternehmer zur Insolvenz und zerstört sie in ihrer bürgerlichen Existenz – und, vielleicht das größte Ärgernis, zerstört oft Weltbild und Schulerfolg der heutigen Schülergeneration und deren Perspektiven.

Es ist ein Menetekel, dass wir heute vor dieser Ratssitzung als Fraktionsvorsitzende mit dem Bürgermeister und den lokalen Gewerbetreibenden zusammen gekommen sind, um uns ein Bild zu machen, was da an Auswirkungen allein für Wirtschaftsleben und Arbeitsplätze in der Wahlperiode auf uns zuzukommen droht.

Und jetzt zum zweiten: Zur Gefahr von politischen Modeerscheinungen für die Menschen in unserem Kreis.

Dargestellt an zwei Beispielen.

Beispiel 1: Schrittweise Zurückdrängung der individuellen Mobilität.

Kann das allen Ernstes Leitidee der Politik vor Ort in einem ländlichen Flächenkreis sein, der zwar formal aus zehn Kommunen, aber faktisch aus über hundert Städtchen und Dörfern und Weilern besteht? Einem Kreis in grenznaher Randlage, der darauf angewiesen ist, dass seine Arbeitnehmer zu ihren oft Dutzende Kilometer entfernten Arbeitsplätzen in annehmbarer Zeit kommen können?

Hier in anekdotischer Evidenz: Ich arbeite drei Tage die Woche in Düsseldorf, eine Fahrt dauert mit dem PKW 50 bis 55 Minuten, ich wohne im Ortsteil Karken. Von dort mit dem vorhandenen ÖPNV wären nach Düsseldorf über zwei Stunden fällig - morgens zwei und abends zwei.

Anderer Aspekt: Wenn etliche Prozent der Kundschaft für unsere Läden von jenseits der Landesgrenze mit dem eigenen PKW anreisen, ist es dann kluge und durchdachte Politik, die Eindämmung des Individualverkehrs und Parkraumbeschränkung auf seine Fahnen zu schreiben?

Symbolpolitik wie das School & Fun-Ticket löst keinerlei Problem, es bürdet den Eltern in den kleineren Ortschaften nur Kosten auf, denen oft kein Mehrwert gegenübersteht, denn diese Ortschaften werden am Wochenende kaum vom ÖPNV angefahren, die Jugendlichen können es nicht nutzen.

Die Bewertung? – Scheinlösungen statt wirklichen Mehrwerts für die Bürger. Das Problem nicht gelöst, aber die Kosten und Belastungen für die Familien gesteigert und die Lebensqualität geschreddert.

Beispiel 2: Die **menschenverursachte Klimakatastrophe**. Diese findet eigentlich bisher nur in den Computerprogrammen einschlägiger Institute statt und man räumt ihr sehr, sehr breiten Raum in den halbstaatlichen und gelenkten Medien ein. Und es wird dabei zur moralischen Entscheidung hochstilisiert, hier Positionen einzunehmen und aktiv zu werden – „whatever it takes“, wie Herr Draghi formulieren würde.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Klimawandel findet auf unserer Erde natürlich statt und hat immer stattgefunden.

Aber wir haben wohlbegründete Zweifel daran, dass lächerliche Symbolpolitik wie z.B. die Errichtung eines Sonnenpaddels vor dem Kreishaus ein sinnvoller Weg ist, mit dem Geld des Steuerbürgers umzugehen; man hätte es stattdessen auch eigentlich sofort zum Fenster hätte hinaus werfen können, die Wirkung wäre für das Klima wohl die gleiche.

Denn ich frage: Was hat das „Bauwerk“ gekostet? Wieviel Strom erzeugt es per anno? Was heißt das für die Gestehungskosten pro Kilowatt?

All das gilt auch mutatis mutandis für Photovoltaik auf den Dächern von Gemeindegebäuden, hier sollte unsere Kommune auch weiterhin eher das Sinnvolle tun und nicht das Moralisierende und Zeitgeistige.

Ich bin uralt. Vor 50 Jahren wurde ich zum Heeresoffizier ausgebildet und ich erinnere mich gut, dass einer der wichtigsten Begriffe bei allem, was man plante oder vorhatte, die sogenannten

Notlaufeigenschaften waren sprich: Was geht noch, wenn es nicht funktioniert, wie es sollte?

Wenn der Wind nicht weht und Schnee auf den Photovoltaik-Anlagen liegt heißen unsere Notlaufeigenschaften in der Stromerzeugung französischer Atomstrom und polnischer oder tschechischer Kohlestrom, Energieerzeugungsformen, die wir für unser Land ablehnen und hier zum Abschuss freigegeben haben.

Geht es noch scheinheiliger?

Deshalb ist unser Programm für die Politik für unsere Stadt: Praktischer Menschenverstand anstelle von Großstadt-orientierten und -generierten Weltrettungsideen, die letztlich für den Bürger unserer Stadt nur Nachteile mit sich bringen.

Eine Politik mit Augenmaß, dicht an den Bedürfnissen der Bürger angesiedelt, werden wir in dieser Wahlperiode jederzeit unterstützen,

eine Politik, die sich für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für die Familien und ihre Kinder, sprich: für Alt und Jung aber nicht rechnet, kann unserer Opposition in den kommenden viereinhalb Jahren gewiss sein.